

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/3631 —

**Minderheitenstatus für polnische Bürger und Bürgerinnen,
die in der Bundesrepublik Deutschland leben**

A. Problem

Die Gruppe der PDS/Linke Liste begehrt eine Entschließung des Deutschen Bundestages, mit der die Bundesregierung aufgefordert werden soll, den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden polnischen Staatsbürgern und -bürgerinnen Minderheitenrechte gesetzlich zuzusichern, analog zu den Rechten, die die Deutschen in Polen nach dem Vertrag über gute Nachbarschaft erhielten: sicheren Aufenthaltsstatus, uneingeschränkte Arbeitserlaubnis und uneingeschränkten Familiennachzug, Anerkennung der polnischen Diplome und Zeugnisse, Einrichtung polnischer Sendungen und Förderung der polnischen Sprache als Fremdsprache an deutschen Schulen.

Die Bundesregierung soll zudem aufgefordert werden, auch für andere Nationalitäten diese Minderheitenrechte umzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags

**Einstimmigkeit im Ausschuß in Abwesenheit der Gruppen der
PDS/Linke Liste und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der
PDS/Linke Liste — Drucksache 12/3631 — abzulehnen.

Bonn, den 21. Juni 1994

Der Innenausschuß

Wolfgang Lüder
Stellv. Vorsitzender

Jochen Welt
Berichterstatter

Hartmut Koschyk

Cornelia Schmalz-Jacobsen
Berichterstatterin

**Bericht der Abgeordneten Jochen Welt, Hartmut Koschyk
und Cornelia Schmalz-Jacobsen****I.**

Der Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste wurde in der 138. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Februar 1993 an den Innenausschuß federführend und an den Auswärtigen Ausschuß, den Rechtsausschuß und den Ausschuß für Bildung und Wissenschaft zur Mitberatung überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 70. Sitzung die Drucksache 12/3631 beraten und dem federführenden Innenausschuß einstimmig, gegen die Stimme des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste, die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der Rechtsausschuß hat in seiner Sitzung am 19. Mai 1994 beschlossen, sich mit dem Antrag auf Drucksache 12/3631 nicht zu befassen.

Da die bildungspolitischen Forderungen des o. g. Antrages bereits weitgehend erfüllt seien, hat der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft dem federführenden Innenausschuß mit den Stimmen der Koali-

tionsfraktionen und der Fraktion der SPD — bei Stimmenthaltung des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste — die Ablehnung des Antrags empfohlen.

II.

Der Innenausschuß hat den Antrag auf Drucksache 12/3631 in seiner 100. Sitzung am 15. Juni 1994 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD in Abwesenheit der Gruppen der PDS/Linke Liste und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Seitens der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD wurde die Ablehnung des Antrags damit begründet, daß Teile des Antrags bereits realisiert seien. Gespräche mit polnischen Gruppen zeigten, daß sie stark an kultureller Eigenständigkeit interessiert seien. Es handele sich bei ihnen um keine klassische Minderheit.

Bonn, 21. Juni 1994

Jochen Welt

Berichterstatter

Hartmut Koschyk

Cornelia Schmalz-Jacobsen

Berichterstatterin